



SPD
Fraktion im
Bundestag

SPD-Bundestagsfraktion — Platz der Republik 1 — 11011 Berlin

Dr. Matthias Miersch, MdB
Sientje Möller, MdB
Boris Pistorius, MdB
Falko Droßmann, MdB

Mitglieder des Deutschen Bundestages

An die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

per E-Mail

Postanschrift:
Platz der Republik 1 — 11011 Berlin

spdfraktion.de

Info zum Neuen Wehrdienst

 www.spdfraktion.de/facebook
 www.spdfraktion.de/twitter
 www.spdfraktion.de/instagram
 www.spdfraktion.de/youtube

Berlin, 13.11.2025

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach intensiven Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner können wir Euch mitteilen, dass wir eine sehr gute Einigung erzielt haben: Wir schaffen einen modernen und attraktiven Wehrdienst, der der aktuellen sicherheitspolitischen Realität gerecht wird, auf Freiwilligkeit setzt und die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes stärkt. Auch bei den Freiwilligendiensten ist uns ein riesiger Durchbruch gelungen: Wir wollen über 15.000 neue Stellen schaffen und damit erstmals mehr als 100.000 jungen Menschen in jedem Jahr die Möglichkeit geben, sich im Rahmen eines Freiwilligendienstes gesellschaftlich einzubringen.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat uns allen deutlich gezeigt, dass Frieden und Freiheit in Europa keine Selbstverständlichkeit sind. Für uns in Deutschland bedeutet das: Wir müssen stärker Verantwortung für unsere eigene Sicherheit übernehmen. Darum braucht es eine starke Bundeswehr.

Dazu gehört, dass die Bundeswehr personell wieder aufwächst. Gegenüber der NATO haben wir Fähigkeiten zugesagt, die rund 260.000 aktive Soldatinnen und Soldaten sowie etwa 200.000 Reservistinnen und Reservisten bis 2035 erfordern.

Für uns war klar: Wenn wir über Wehrdienst reden, dann nicht über eine Rückkehr zu alten Strukturen, sondern über ein modernes Angebot, das Freiwilligkeit und Verantwortung verbindet. Wir wollen



junge Menschen für eine sinnvolle Aufgabe gewinnen, nicht verpflichten.

Dafür steigen wir wieder in die Wehrrfassung ein. Denn im Verteidigungsfall muss die Bundeswehr wissen, auf wen sie zurückgreifen kann. Die Wehrrfassung erfolgt zunächst über einen Fragebogen, der Motivation und Eignung erfasst. Dieser wird ab dem kommenden Jahr an alle 18-Jährigen – Männer und Frauen – verschickt. Für Männer ist die Beantwortung verpflichtend. Mit Inkrafttreten des Gesetzes beginnt zudem die verpflichtende Musterung der ab dem 1. Januar 2008 geborenen Männer.

Wer sich für den Wehrdienst entscheidet, bekommt eine moderne Ausbildung, eine verantwortungsvolle Arbeit und faire Bezahlung: Rund 2.600 Euro brutto monatlich, moderne Ausbildungskonzepte und einen Führerscheinzuschuss für PKW oder LKW bei einer Verpflichtung von mindestens einem Jahr.

Der Staat richtet sich mit einem Angebot direkt an alle jungen Menschen. Wir vertrauen auf ihre Motivation, Verantwortung zu übernehmen, und bieten dafür ein Gesamtpaket, das finanziell attraktiv und gesellschaftlich sinnstiftend ist.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee

Wir betonen die Rolle des Parlaments: Sollte sich zeigen, dass der personelle Bedarf der Bundeswehr nicht allein durch Freiwillige gedeckt werden kann, greift – nur nach einem Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages – eine verfassungsrechtlich abgesicherte Bedarfswehrpflicht. Einen Automatismus zur Aktivierung der Wehrpflicht wird es ausdrücklich nicht geben.

Der Gesetzgeber entscheidet durch Gesetz über die Einsetzung einer Bedarfswehrpflicht, insbesondere wenn die verteidigungspolitische Lage oder die Personallage der Streitkräfte dies erforderlich macht. Sie dient der Schließung möglicher Lücken zwischen dem Bedarf der Streitkräfte und der tatsächlichen Zahl an Freiwilligen. Übersteigt die Zahl der Wehrpflichtigen eines Jahrgangs den Bedarf, kann nach Anwendung der Wehrdienstausnahmen und aller anderen Maßnahmen als ultima ratio ein Zufallsverfahren zur Auswahl angewendet werden.

Wir stärken Freiwilligendienste

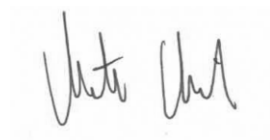
In den Verhandlungen war uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders wichtig, auch den zivilen Bereich zu stärken. Im kommenden Jahr wollen wir für die Freiwilligendienste

insgesamt zusätzliche 50 Millionen Euro bereitstellen, ab 2027 dann 80 Millionen Euro jährlich. Damit schaffen wir die Möglichkeit für über 15.000 neue Plätze im Freiwilligendienst.

Unser Ziel: Über 100.000 junge Menschen in Deutschland sollen sich jedes Jahr einbringen können – in Kitas und Schulen, in Pflegeeinrichtungen, im Klima- und Katastrophenschutz. Wer sich engagiert, verdient Anerkennung, Wertschätzung und eine faire Vergütung. Deshalb soll das zusätzliche Geld den Trägern auch ermöglichen, die Bezahlung im Freiwilligendienst zu erhöhen.

Mit diesem Ergebnis wollen wir nun die Gesetzesberatungen zügig zum Abschluss bringen, um ein Inkrafttreten zum 1. Januar 2026 zu ermöglichen.

Mit solidarischen Grüßen



Dr. Matthias Miersch



Siemtje Möller



Boris Pistorius



Falko Droßmann